

[Home](#) > [Politik](#) > [Bundeshaus](#)

Berufsschüler sollen bessere politische Bildung erhalten



Die politische Bildung an Berufsschulen soll gefördert werden. Das ist der Ansatz des Bundes, wozu die WBK ein Gesetz will.



Berufsschüler sollen im Bereich Politik besser gebildet werden. - Keystone

Das Wichtigste in Kürze

- Die Nationalratskommission will die politische Bildung an Berufsschulen fördern.
- Das Berufsbildungsgesetz soll angepasst werden. Der Förderbedarf soll vorhanden sein.

Der Bund soll die politische Bildung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern fördern. Die Bildungskommission des Nationalrates ([WBK](#)) möchte eine Gesetzesgrundlage dafür schaffen.

Mit 14 zu 11 Stimmen hat die Kommission eine parlamentarische Initiative der Berner SP-Nationalrätin [Nadine Masshardt](#) angenommen, wie die Parlamentsdienste heute Freitag mitteilen. Ist die Schwesterkommission des Ständerates einverstanden, kann die Nationalratskommission eine Gesetzesänderung ausarbeiten.



Die SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. - Keystone

Die WBK hält fest, politische Bildung sei ihr ein grosses Anliegen. Die Vorbereitung von jungen Erwachsenen auf die Nutzung ihrer politischen Rechte sei fundamental. Gerade in der Schweiz mit ihren Instrumenten der direkten Demokratie. Die schulische politische Bildung könne einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie leisten.

Bedenken waren, dass es in den Kantonen und Gemeinden bereits viele öffentliche und private Projekte gebe. Sie verfolgen das gleiche Ziel. Zudem sei der Unterrichtsplan in den Berufsschulen schon ausgefüllt.

Im öffentlichen Interesse

Die Initiative zielt auf die Ausbildung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern ab. Um eine Förderung des Bundes zu ermöglichen, soll das Berufsbildungsgesetz angepasst werden. Auf der Grundlage des Gesetzes kann der Bund schon heute Beiträge sprechen für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse. Politische Bildung soll nun neu als solche Leistung definiert werden.

Masshardt schreibt zur Begründung ihres Anliegens, bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern bestehe ein besonderer Förderbedarf. Das zeige eine Studie des Forschungsinstituts gfs.bern.

Bewährte Strukturen

Aus Sicht des Bundesrates funktioniert die politische Bildung in der Schweiz. Die Strukturen und Praktiken hätten sich bewährt, schrieb er in einem Bericht von letztem November. Im Bildungssystem gebe es auf allen Stufen und in allen Bereichen bewährte Aktivitäten.

Politische Bildung beschränke sich nicht auf die Vermittlung von Wissen, heisst es im Bericht. Sie solle Lernende dazu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Eine informierte Öffentlichkeit, die das Politgeschehen kritisch reflektiere, sei von essentieller Bedeutung.

Im heutigen Kontext sei dem besondere Aufmerksamkeit zu schenken, schrieb der [Bundesrat](#). Er verwies auf Erscheinungen wie [Fake News](#), gezielt gestreute Desinformationen, postfaktisches Denken und Handeln. Verbreitung von Gedankengut, das Ausgrenzung und Gewalt befürworte sei ebenfalls ein Problem.